**Die Gemeinwohl-Ökonomie**

Verein zur Förderung der Gemeinwohl-Ökonomie
Vereinsbüro Gemeinwohl-Ökonomie
Garnisongasse 7/17
A-1090 Wien
[www.ecogood.org](http://www.ecogood.org)

Vereinszweck:
Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn gerichtet ist, bezweckt die Entwicklung und Förderung von Initiativen zur Umsetzung, Verbreitung und Weiterentwicklung der Gemeinwohl-Ökonomie auf Basis des gleichnamigen Buches (Deuticke 2010, ISBN 978-3-552-06137-8).

Gründungsjahr:
2010

Vorstand (seit April 2015):
Ettl Paul (Oberösterreich), Felber Christian (Wien), Fischer Thomas (Bayern), Heindl Gisela (Salzburg), Kofranek Manfred (Wien), Muhr Lisa (Wien), Ristig-Bresser Stephanie (Hannover), Ryznar Franz (Wien), Slabschy Karl Heinz (Niederösterreich)

Link zur Satzung [>>](https://www.ecogood.org/download/file/fid/180)

Inhaltverzeichnis

[Inhaltverzeichnis 2](#_Toc418592377)

[1. Was ist die Gemeinwohlökonomie? 2](#_Toc418592378)

[2. Zahlen/Daten/Fakten 2](#_Toc418592379)

[3. Meilensteine der Gemeinwohl-Ökonomie Bewegung 3](#_Toc418592380)

[4. Die 10 Eckpunkte der Gemeinwohl-Ökonomie 4](#_Toc418592381)

[5. Stimmen zur Gemeinwohl-Ökonomie 5](#_Toc418592382)

[6. Zum Buch der Gemeinwohl-Ökonomie 6](#_Toc418592383)

[7. Rückfragehinweis: 6](#_Toc418592384)

# Die Gemeinwohl-Ökonomie in Zahlen

* Unterstützer-/innen Gesamt: 8921 (Privatpersonen: 6114; Unternehmen: 1805)
* Regionalgruppen: 82
* Anzahl der Staaten mit GWÖ Aktivitäten: 40
* Bilanz-Unternehmen im Gründungsverein: (peer evaluiert: 78, extern auditiert: 67)
* Mitglieder im Gründungsverein: 740 (Personen: 380, Unternehmen: 360)

# Was ist die Gemeinwohlökonomie?

Die Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) ist eine vollständige **alternative Wirtschaftsordnung** zu den bisherigen „großen Experimenten“ Kapitalismus und Kommunismus, die in einem zivilgesellschaftlichen und demokratischen Prozess entwickelt wird. Ihre tragenden Säulen sind nicht „neu“, sondern die Ziele und Werte demokratischer Verfassungen. Die Werte Menschenwürde, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Solidarität und Demokratie sollen konsequent in den Rechtsrahmen für die Wirtschaft eingebaut werden; zudem soll das Leben universaler Beziehungswerte wie Ehrlichkeit, Vertrauensbildung, Empathie, Kooperation und Teilen in der Wirtschaft positiv angereizt werden, nach dem Motto „Mit Ethik zum Erfolg“.

Die Gemeinwohl-Ökonomie versteht sich als **vollethische Marktwirtschaft**. Gemeinwohl soll zum Oberziel des Wirtschaftens und Geld, Gewinn und Kapital sollen zu Mitteln des Wirtschaftens werden. Auch das ist konform mit den gegenwärtigen Verfassungen: Zum Beispiel die bayrische Verfassung: „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl.“ (Art. 151) Das deutsche Grundgesetz sieht vor, dass „Eigentum verpflichtet“ und „sein Gebrauch zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen“ soll (Art. 14). Entsprechend dieser Ziel-Mittel-Relation entwickelt die GWÖ eine Methodik wirtschaftlicher Erfolgsmessung, welche die Erreichung des Ziels misst – und nicht lediglich die Entwicklung der Mittel:

- Auf der Makroebene (Volkswirtschaft) wird ergänzend zum BIP das **Gemeinwohl-Produkt** erstellt. Das „Gemeinwohl-Produkt“ könnte sich aus den 20 relevantesten „Zutaten“ für Lebensqualität (Ernährung, Gesundheit, Wohnung, Beziehungsqualität, Vertrauen, soziale Sicherheit, Grundrechte, Mitbestimmung, Geschlechtergleichheit, Friede, …) zusammensetzen, die vom demokratischen Souverän in kommunalen BürgerInnenbeteiligungsprozessen selbst definiert werden.

- Auf der Mesoebene (Unternehmen) ergänzend zur Finanz-Bilanz eine **Gemeinwohl-Bilanz** erstellt. Die Gemeinwohl-Bilanz misst die ethische Leistung oder „Performance“ eines Unternehmens: von der Sinnhaftigkeit des Produkts über die Qualität der Arbeitsbedingungen bis zu den ökologischen Effekten und der betriebsinternen Demokratie. Das Gemeinwohl-Bilanz-Ergebnis wird auf allen Produkten sichtbar gemacht (z. B. in Form einer farblich unterscheidbaren Ampel) und entscheidet über die rechtliche Bevorteilung oder Benachteiligung des Unternehmens, z. B. via Steuern, Zölle, Zinsen oder beim öffentlichen Einkauf. Mithilfe dieser Anreizinstrumente sollen die ethischen Produkte preisgünstiger werden als die unethischen. Die „Gesetze“ des Marktes würden dann mit den Werten der Gesellschaft übereinstimmen.

- Auf der Mikroebene (Investition) wird der **Gemeinwohl-Effekt** in Ergänzung zur Finanzrendite gemessen. Das Ergebnis der „Gemeinwohl-Prüfung“ bei Investitionsvorhaben soll sowohl über die Kreditkonditionen entscheiden als auch die Vergabe von Krediten.

*Gemeinwohl demokratisch definieren*

Die Gemeinwohl-Ökonomie beschreibt 20 Grundelemente Wirtschaftsordnung. Dazu zählen weitere Innovationen wie das „Freijahr“, ökologische Menschenrechte oder die Begrenzung der Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen, um allen Menschen tatsächlich die gleichen Rechte, Freiheiten und Chancen zu sichern. Deshalb versteht sich die GWÖ auch als wirklich liberale Marktwirtschaft. Alle Vorschläge der Bewegung sollen in demokratischen Bottom-up-Prozessen, in „**Kommunalen Wirtschaftskonventen**“, gemeinsam mit anderen Ideen diskutiert und vorsortiert werden. Über Delegation aus den „Gemeinwohl-Gemeinden“ könnte ein Bundeswirtschaftskonvent konstituiert werden, der die finalen Varianten für jeden Ordnungspunkt der Wirtschaft ausarbeitet. Diese könnten vom gesamten Souverän final abgestimmt werden (durch „Systemisches Konsensieren“, das bedeutet, dass der Vorschlag mit dem geringsten Widerstand gewinnt). Die Ergebnisse gehen als Wirtschaftsteil in die Verfassungen ein und wirken von dort bindend für die gesetzgeberische Arbeit von Regierungen und Parlamenten. Langzeit-Ziel ist eine „souveräne Demokratie“.

*Internationale Bewegung und Mitmachen*

Die Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung startete am 6. Oktober 2010 in Wien und hat sich bis Anfang 2015 in 40 Staaten ausgebreitet. Die Bewegung aus 2000 Freiwilligen wird von 20 GWÖ Vereinen und mehr als 80 regionalen Energiefeldern unterstützt und will einen internationalen Verband gründen. Am Prozess der Gemeinwohl-Ökonomie kann sich jede Privatperson, jedes Unternehmen, jede Organisation und jede Gemeinde beteiligen.

- 1850 Unternehmen unterstützen die Initiative, mehr als 250 Unternehmen vom Ein-Personen Unternehmen bis zum Großkonzern haben die Gemeinwohl-Bilanz final erstellt.

- Am Norbert Elias Center der Europa Universität Flensburg ist zum 1. März 2015 das Forschungsvorhaben „Gemeinwohl-Ökonomie im Vergleich unternehmerischer Nachhaltigkeitsstrategien“ gestartet. Praxispartner sind Unternehmen wie die Deutsche Post, dm-drogerie markt, der Outdoor-Ausstatter VAUDE und der Anbieter für Öko-Tiefkühlkost Ökofrost.

- Mit 1.1.2017 tritt die EU-Richtlinie zur nichtfinanziellen Berichterstattung in Kraft. Großunternehmen mit über 500 Beschäftigten müssen ab diesem Zeitpunkt verpflichtend Nichtfinanz-Berichte vorlegen. Die Gemeinwohl-Ökonomie strebt eine Anerkennung als der Gemeinwohl-Bilanz als Berichtsstandard innerhalb dieser EU Richtlinie an.

- Die beiden spanischen Gemeinden Miranda de Azán (Salamanca) und Orendain (Baskenland) sind mit Anfang März offiziell als erste Gemeinwohl-Gemeinden in Spanien tätig. In Südtirol bilden die vier Gemeinden Laas, Mals, Latsch und Schlanders die erste Gemeinwohl-Region.

- Im Arbeitsübereinkommen der Salzburger Landesregierung ist die „Entwicklung eines Modells zur Förderung der Gemeinwohl-Ökonomie für Betriebe“ vereinbart. Der Südtiroler Landtag hat ein umfassendes Paket zur Förderung der Gemeinwohl-Ökonomie beschlossen.

- An der Karl Franzens Universität Graz, der Wirtschaftsuniversität Wien und der Universität Salzburg werden GWÖ-Lehrprogramme angeboten. Die Business School Lausanne, die Fachhochschule Burgenland und das International Graduate Center der Hochschule Bremen haben als Bildungsinstitutionen eine Gemeinwohl-Bilanz erstellt.

- In Österreich entsteht gerade die „Bank für Gemeinwohl“, in Vorbereitung sind „Regionale Gemeinwohl-Börsen“.

# 3. [Meilensteine der Gemeinwohl-Ökonomie Bewegung](https://www.ecogood.org/allgemeine-infos/idee/geschichte-der-gemeinwohl-oekonomie)

2010: - Gründungsjahr: Im Oktober 2010 „kam“ die Gemeinwohl-Ökonomie zur Welt mit Hilfe von rund ein Dutzend Unternehmer-/innen die 2 Jahre lang an der Konkretisierung und Umsetzung auf unternehmerischer/politischer und gesellschaftlicher Ebene forschten und als Ergebnis die Gründung der Gemeinwohl – Ökonomie mit sich trug. Es folgten die ersten Energiefelder und Regionalgruppen.

2011 - Weiterentwicklung: Das erste Jahr der Gemeinwohl-Ökonomie stand ganz im Rahmen der Weiterentwicklung der GWÖ und ihrer Bilanz. Unternehmer-/innen entwickelten die Matrix weiter und trugen entscheidend zu ihrer Verbesserung bei. Die ersten 10.000 verkauften Exemplaren des von Christian Felber verfassten Buches „ Die Gemeinwohl-Ökonomie“ wurden verkauft.

2012 - Internationalisierung: Das Jahr 2012 stand für die GWÖ ganz im Sinne der Internationalisierung. In Spanien und Italien entstehen eigene Bewegungen, die später Vereine gründen. Die Generalversammlung des Gründungsvereins fand statt, auf der die Gründung eines Internationalen Verbandes in Auftrag gegeben wurde.

2013 - Wachsende Bewegung: Die Anzahl der Vereine erhöht sich stark, die Aktivitäten beginnen in immer mehr Ländern auf allen Kontinenten. Delegiertenversammlung, Zukunfts- und Pressekonferenzen zeugen von einer lebendigen Bewegung.

2014 – Expansion & Stabilisierung: Resonanz erreicht uns aus Indien, Neu Seeland, den USA, Skandinavien, Osteuropa und auch Afrika. Die internationale Website geht online, die Financial-Times berichtet, die TAZ macht die Gemeinwohl-Bilanz, ebenso mit dem IGC Bremen die dritte Hochschule; der Südtiroler Landtag beschließt die Förderung von GWÖ Unternehmen im öffentlichen Einkauf; die Salzburger Landesregierung beschließt die Entwicklung eines Fördermodells für Unternehmen.

2015 - Aktuelle Entwicklung : Stand: Mai 2015

Die ECOGOOD-Map geht online, VAUDE macht die Bilanz, ebenso die Sparkasse Dornbirn dritte GW-Bilanzierdende Bank, die englische Version des Gemeinwohl-Ökonomie Buches erscheint und wird in London mehrfach vorgestellt. (u.a. im UK-Parlament) der EU-Wirtschafts-und Sozialausschuss lädt zu einem öffentlichen Hearing für eine Initiativstellungnahem, die 3. Delegiertenversammlung findet in München statt, die Handelsakademie im 22. Wiener Bezirk startet im September 2015 den Kurs „HAK experience“ mit alternativ-ökonomischen Inhalten, darunter auch die GWÖ.

Aussichten:

→ Gründung des Internationalen Verbandes

→ Entwicklung eines Umgangskodex und eines Internationalen Online-Entscheidungstools

→ Ausbreitung in immer mehr Staaten (USA, Neu Seeland, Australien, Schweden, Estland)

# 4. Die [20 Eckpunkte der Gemeinwohl-Ökonomie](https://www.ecogood.org/allgemeine-infos/idee/vorschlaege-der-gemeinwohl-oekonomie)

1. Die Gemeinwohl-Ökonomie beruht auf denselben Grundwerten, die unsere Beziehungen gelingen lassen:
Vertrauensbildung, Wertschätzung, Kooperation, Solidarität und Teilen. Nach aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen sind gelingende Beziehungen das, was Menschen am glücklichsten macht und am stärksten motiviert.

2. Der rechtliche Anreizrahmen für die Wirtschaft wird umgepolt von Gewinnstreben und Konkurrenz auf Gemeinwohlstreben und Kooperation. Unternehmen werden für gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit belohnt. Kon(tra)kurrenz ist möglich, bringt aber Nachteile.

3. Wirtschaftlicher Erfolg wird nicht länger mit an den Mitteln des Wirtschaftens gemessen (Geld, Kapital, Finanzgewinn), sondern an den Zielen (Bedürfnisbefriedigung, Lebensqualität, Gemeinwohl). Auf der Makroebene (Volkswirtschaft) wird das BIP als Erfolgsindikator vom Gemeinwohl-Produkt abgelöst, auf der Mikroebene (Unternehmen) die Finanzbilanz von der Gemeinwohl-Bilanz. Je sozialer, ökologischer, demokratischer und solidarischer Unternehmen agieren und sich organisieren, desto bessere Bilanzergebnisse erreichen sie. Je besser die Gemeinwohl-Bilanz-Ergebnisse der Unternehmen in einer Volkswirtschaft sind, desto größer ist das Gemeinwohl-Produkt.

4. Die Unternehmen mit guten Gemeinwohl-Bilanzen erhalten rechtliche Vorteile: niedrigere Steuern, geringere Zölle, günstigere Kredite, Vorrang beim öffentlichen Einkauf und bei Forschungsprogrammen et cetera. Der Markteintritt wird dadurch für verantwortungsvolle AkteurInnen erleichtert; und ethische, ökologische und regionale Produkte und Dienstleistungen werden billiger als unethische, unökologische und globale.

5. Die Finanzbilanz wird zur Mittelsbilanz. Finanzgewinn wird vom Zweck zum Mittel und dient dazu, den neuen Unternehmenszweck (Beitrag zum allgemeinen Wohl) zu erreichen. Bilanzielle Überschüsse dürfen verwendet werden für: Investitionen (mit sozialem und ökologischem Mehrwert), Rückzahlung von Krediten, Rücklagen in einem begrenzten Ausmaß; begrenzte Ausschüttungen an die MitarbeiterInnen sowie für zinsfreie Kredite an Mitunternehmen. Nicht verwendet werden dürfen Überschüsse für: Investitionen auf den Finanzmärkten (diese soll es gar nicht mehr geben), feindliche Aufkäufe anderer Unternehmen, Ausschüttung an Personen, die nicht im Unternehmen mitarbeiten, sowie Parteispenden. Im Gegenzug entfällt die Steuer auf Unternehmensgewinne.

6. Da Gewinn nur noch Mittel, aber kein Ziel mehr ist, können Unternehmen die aus ihrer Sicht optimale Größe anstreben. Sie müssen nicht mehr Angst haben, gefressen zu werden und nicht mehr wachsen, um größer, stärker oder profitabler zu sein als andere. Alle Unternehmen sind vom allgemeinen Wachstums und wechselseitigen Fresszwang erlöst.

7. Durch die Möglichkeit, entspannt und angstfrei die optimale Größe einzunehmen, wird es viele kleine Unternehmen in allen Branchen geben. Da sie nicht mehr wachsen wollen, fällt ihnen die Kooperation und Solidarität mit anderen Unternehmen leichter. Sie können ihnen mit Wissen, Know-how, Aufträgen, Arbeitskräften oder zinsfreien Krediten helfen. Dafür werden sie mit einem guten Gemeinwohl-Bilanz- Ergebnis belohnt – nicht auf Kosten anderer Unternehmen, sondern zu deren Nutzen. Die Unternehmen bilden zunehmend eine solidarische Lerngemeinschaft, die Wirtschaft wird zu einer Win-win-Anordnung.

8. Die Einkommens- und Vermögensungleichheiten werden in demokratischer Diskussion und Entscheidung begrenzt: die Maximal-Einkommen auf zum Beispiel das Zehnfache des gesetzlichen Mindestlohns; Privatvermögen auf zum Beispiel zehn Millionen Euro; das Schenkungs- und Erbrecht auf zum Beispiel 500 000 Euro pro Person; bei Familienunternehmen auf zum Beispiel zehn Millionen Euro pro Kind. Das darüber hinaus gehende Erbvermögen wird über einen Generationenfonds als „Demokratische Mitgift“ an alle Nachkommen der Folgegeneration verteilt: gleiches „Startkapital“ bedeutet höhere Chancengleichheit. Die genauen Grenzen sollen von einem Wirtschaftskonvent demokratisch ermittelt werden.

9. Bei Großunternehmen gehen ab einer bestimmten Größe (zum Beispiel 250 Beschäftigte) Stimmrechte und Eigentum teil- und schrittweise an die Beschäftigten und die Allgemeinheit über. Die Öffentlichkeit könnte durch direkt gewählte „regionale Wirtschaftsparlamente“ vertreten werden. Die Regierung soll keinen Zugriff/kein Stimmrecht in öffentlichen Unternehmen haben.

10. Das gilt auch für die Demokratischen Allmenden, die dritte Eigentumskategorie neben einer Mehrheit (kleiner) Privatunternehmen und gemischt-besessenen Großunternehmen. Demokratische Allmenden (auch „Commons“) sind Gemeinwirtschaftsbetriebe im Bildungs-, Gesundheits-, Sozial-, Mobilitäts-, Energie- und Kommunikationsbereich: die „Daseinsvorsorge“.

11. Eine wichtige Demokratische Allmende ist die Demokratische Bank. Sie dient wie alle Unternehmen dem Gemeinwohl und wird wie alle Demokratischen Allmenden vom demokratischen Souverän kontrolliert und nicht von der Regierung. Ihre Kernleistungen sind garantierte Sparvermögen, kostenlose Girokonten, kostengünstige Kredite und ökosoziale Risikokredite. Der Staat finanziert sich primär über zinsfreie Zentralbankkredite. Die Zentralbank erhält das Geldschöpfungsmonopol und wickelt den grenzüberschreitenden Kapitalverkehr ab, um Steuerflucht zu unterbinden. Die Finanzmärkte in der heutigen Form wird es nicht mehr geben.

12. Nach dem Vorschlag von John Maynard Keynes wird eine globale Währungskooperation errichtet mit einer globalen Verrechnungseinheit („Globo“, „Terra“) für den internationalen Wirtschaftsaustausch. Auf lokaler Ebene können Regiogelder die Nationalwährung ergänzen. Um sich vor unfairem Handel zu schützen, initiiert die EU eine Fair-Handelszone („Gemeinwohl-Zone“), in der gleiche Standards gelten oder die Zollhöhe sich an der Gemeinwohl-Bilanz des Hersteller-Unternehmens orientiert. Langfristziel ist eine globale Gemeinwohl-Zone als UN-Abkommen.

13. Der Natur wird ein Eigenwert zuerkannt, weshalb sie nicht zu Privateigentum werden kann. Wer ein Stück Land für den Zweck des Wohnens, der Produktion oder der Land- und Forstwirtschaft benötigt, kann eine begrenzte Fläche kostenlos oder gegen eine Nutzungsgebühr nutzen. Die Überlassung ist an ökologische Auflagen und an die konkrete Nutzung geknüpft. Damit sind Landgrabbing, Großgrundbesitz und Immobilienspekulation zu Ende. Im Gegenzug entfällt die Grundvermögenssteuer.

14. Wirtschaftswachstum ist kein Ziel mehr, hingegen die Reduktion des ökologischen Fußabdrucks von Personen, Unternehmen und Staaten auf ein global nachhaltiges Niveau. Der Kategorische Imperativ wird um die ökologische Dimension erweitert. Unsere Freiheit, einen beliebigen Lebensstil zu wählen, endet dort, wo sie die Freiheit anderer Menschen beschneidet, denselben Lebensstil zu wählen oder auch nur ein menschenwürdiges Leben zu führen. Privatpersonen und Unternehmen werden angereizt, ihren ökologischen Fußabdruck zu messen und auf ein global gerechtes und nachhaltiges Niveau zu reduzieren.

15. Die Erwerbsarbeitszeit wird schrittweise auf das mehrheitlich gewünschte Maß von dreißig bis 33 Wochenstunden reduziert. Dadurch wird Zeit frei für drei andere zentrale Arbeitsbereiche: Beziehungs- und Betreuungsarbeit (Kinder, Kranke, SeniorInnen), Eigenarbeit (Persönlichkeitsentwicklung, Kunst, Garten, Muße) sowie politische und Gemeinwesenarbeit. Infolge dieser ausgewogeneren Zeiteinteilung würde der Lebensstil konsumärmer, suffizienter und ökologisch nachhaltiger.

16. Jedes zehnte Berufsjahr ist ein Freijahr und wird durch ein bedingungsloses Grundeinkommen finanziert. Menschen können im Freijahr tun, was sie wollen. Diese Maßnahme entlastet den Arbeitsmarkt um zehn Prozent – die aktuelle Arbeitslosigkeit in der EU.

17. Die repräsentative Demokratie wird ergänzt durch direkte und partizipative Demokratie. Der Souverän soll seine Vertretung korrigieren, selbst Gesetze beschließen, die Verfassung ändern und Grundversorgungsbereiche – Bahn, Post, Banken – kontrollieren können. In einer echten Demokratie sind die Interessen des Souveräns und seiner Vertretung ident – Voraussetzung dafür sind umfassende Mitgestaltungs- und Kontrollrechte des Souveräns.

18. Alle zwanzig Eckpunkte der Gemeinwohl-Ökonomie sollen in einem breiten Basisprozess durch intensive Diskussion ausreifen, bevor sie von einem direkt gewählten Wirtschaftskonvent in Gesetze gegossen werden. Über das Ergebnis stimmt der demokratische Souverän ab. Was angenommen wird, geht in die Verfassung ein und kann – jederzeit – nur wieder vom Souverän selbst geändert werden. Zur Vertiefung der Demokratie können weitere Konvente einberufen werden: Bildungs-, Medien-, Daseinsvorsorge-, Demokratiekonvent …

19. Um die Werte der Gemeinwohl-Ökonomie von Kind an vertraut zu machen und zu praktizieren, muss auch das Bildungswesen gemeinwohlorientiert aufgebaut werden. Das verlangt eine andere Form von Schule sowie andere Inhalte, z. B. Gefühlskunde, Wertekunde, Kommunikationskunde, Demokratiekunde, Naturerfahrenskunde und Körpersensibilisierung.

20. Da in der Gemeinwohl-Ökonomie unternehmerischer Erfolg eine ganz andere Bedeutung haben wird als heute, werden auch andere Führungsqualitäten gefragt sein: Nicht mehr die rücksichtslosesten, egoistischsten und „zahlenrationalsten“ Manager werden gesucht, sondern Menschen, die sozial verantwortlich und -kompetent handeln, mitfühlend und empathisch sind, Mitbestimmung als Chance und Gewinn sehen und nachhaltig langfristig denken. Sie werden die neuen Vorbilder sein.

# 5. Stimmen zur Gemeinwohl-Ökonomie



Jakob von Uexküll: Schriftsteller, Stifter des Right Livelihood Award (Alternativer Nobelpreis), Initiator des World Future Council (Weltzukunftsrat), Mitbegründer des alternativen Weltwirtschaftsgipfels (1984) und Gründer des Estonian Renaissance Award (1993)

„Christian Felber shows the path to an economy where money and markets are at the service of humans, not the other way round."

Eric Maskin: Amerikanischer Wirtschaftsnobelpreisträger

“Christian Felber thinks big. Not content with marginal change, he proposes a thorough overhaul of our capitalist system. In his world, companies still earn profits. But they are driven not by revenues and costs, but by their Common Good balance sheet, which evaluates them on how cooperative they are with other companies, whether their products and services satisfy human needs, and how humane their working conditions are. A company is awarded CG points accordingly, and its score is published, so that customers know whom they are dealing with. A good score also entitles the company to favorable government treatment: lower taxes, better lending terms, and more public contracts. Could this world actually come about? I honestly don’t know. But I have encountered such a society on a smaller scale. Thirteen years ago, I was introduced to the Camphill movement, which builds communities where disabled people (I have a *disabled son) live together with their caregivers. Like Christian’s utopia, these communities place highest value on cooperation, dignity, and service. If they can do it, perhaps Christian’s vision is not so far-fetched*”

# 6. [Zum Buch der Gemeinwohl-Ökonomie](http://www.christian-felber.at/buecher/gemeinwohl-neu.php)

**Die Gemeinwohl-Ökonomie:**Aktualisierte und erweiterte Neuausgabe
Deuticke, Dezember 2014, 192 Seiten
18,40 € (A) **/**17.90 € (D) / 25.90 sFR (CH) / 18.40 € (A)
ISBN 978-3-552-06188-0

7. Pressekontakt Gemeinwohl-Ökonomie:
Mag. (FH) Andreas Giselbrecht
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Mobil: +43 (0) 676/ 750 35 75
presse@gemeinwohl-oekonomie.org